

Riehen braucht ein neues Spital und bekommt seine Gemeindestube

Bericht aus dem Weiteren Gemeinderat

Nach der Konstituierung des Weiteren Gemeinderates in der ersten Sitzung der neuen Amtsperiode wird nun in der zweiten mit der Arbeit begonnen. Ratspräsident Dr. A. Stahelin teilt mit, er habe von seiner Wahl während der Ferien erfahren. Nun, da er sich von der Überraschung erholt habe, danke er für das ihm entgegengebrachte Vertrauen. Er gab der Hoffnung auf eine sachliche und angenehme Zusammenarbeit im Interesse der Gemeinde Ausdruck. An Arbeit wird es nicht fehlen.

Diakonissenanstalt wird zum Chronischkrankenhaus

O. Schäublin (ev.) begründet eine Interpellation, in der er feststellt, dem Jahresbericht der Diakonissenanstalt sei zu entnehmen, daß diese ihr Spital nicht in der bisherigen Art weiterführen könne, vielmehr sollen dort künftig Chronischkranke untergebracht werden. Der Interpellant erkundigt sich, ob der Gemeinderat bereits mit den Behörden Fühlung genommen hat und dafür besorgt ist, daß Riehen möglichst bald wieder ein Spital erhält.

Gemeindepräsident W. Wenk führt in seiner Antwort aus, der Gemeinderat habe bereits vor einem Jahr Kenntnis erhalten, daß das Spital der Diakonissenanstalt in ein Chronischkrankenhaus umgewandelt werden müsse. Der Präsident des Komitees, Dr. A. Burckhardt, hat diese Mitteilung persönlich gemacht. Es hat sich gezeigt, daß der Altbau unpraktisch ist, und der neue wurde in einer Art gebaut, bei der man sich keine Rechenschaft über eine baldige Notwendigkeit zur Erweiterung gab. Eine Ausdehnungsmöglichkeit besteht nicht, und der Umbau zu einem modernen Spital kommt nicht in Frage. Zudem fehlen der Anstalt die erforderlichen Mittel. In Besprechungen mit den Rieher Ärzten ergab sich aber eindeutig, daß Riehen ein Spital braucht. Es wäre unsinnig, wenn alle Patienten nach Basel müßten. Der jetzige Standort ist ideal.

Der Gemeinderat ist der Auffassung, die Spitalbaufrage sei eine der bedeutendsten in den nächsten Jahren. Riehen braucht ein Spital von zunächst etwa 250 Betten mit einer medizinischen und chirurgischen Abteilung, mit Therapie, Gynäkologie und Geburtshilfe, von eigentlichen Spezialabteilungen wie Augen und Ohren, Nasen, Hals soll jedoch abgesehen werden. Unverzüglich wurde auch Kontakt mit dem Regierungsrat aufgenommen, und in der nächsten Tagung folgt eine Besprechung mit der paritätischen Spitalbaukommission. Es ist mit einem Aufwand von dreißig bis vierzig Millionen Franken zu rechnen. Das stellt erhebliche Anforderungen an die Gemeindefinanzen, wobei über den Bauaufwand hinaus das jährliche Betriebsdefizit zu tragen ist. Vom Kanton ist zweifellos ein Beitrag zu erwarten; der Gemeinderat denkt aber auch an eine Revision des Steuergesetzes des Kantons mit dem Ziel, Riehen vermehrte Mittel zukommen zu lassen.

Unerledigte Anzüge

Nach einigen Bemerkungen von W. Löliger, Präsident der Wahlprüfungskommission, werden die Wahlen in den Engeren und Weiteren Gemeinderat diskussionslos validiert. Es folgt die Behandlung des Berichtes über die annähernd fünfzig nicht erledigten Anzüge. Verschiedene Begehren können als erledigt abgeschrieben werden, die meisten, einige wenige auch gegen den Willen des Gemeinderates, bleiben aber auf der Liste.

Die Schlipferhalle wird Gemeindestube

Präsident Wenk bemerkt zu diesem Traktandum einleitend, Riehen wolle ein Dorf bleiben. Eingehend legt er dar, daß das nur möglich ist, wenn Behörden und Verwaltung nicht überlastet werden. Dies sei auch ein Grund, weshalb der Weitere Gemeinderat keinen schriftlichen Bericht über die Verwendung der kürzlich erworbenen Schlipferhalle erhalten habe. Schon lange hat der Gemeindestubenverein sich bemüht, ein geeignetes Lokal zu finden. Nun zeigt sich eine günstige Gelegenheit. Wenn der Pachtvertrag von etwa 6600 Franken auch weniger einbringt als bei einem Wirtschaftsbetrieb mit Alkohol, so dürfte sich der Versuch doch lohnen. Jedenfalls kann dem Verein sonst nirgends so billig der erforderliche Raum überlassen werden. Den Vereinen steht nach wie vor das Sitzungszimmer zur Verfügung, nur darf kein Alkohol ausgeschenkt werden. Präsident Wenk fügt bei, zuständig für die Verpachtung sei der Gemeinderat.

Dr. P. Dettwiler (rad.) äußert rechtliche Zweifel hinsichtlich der Kompetenz. Der Gemeinderat wäre verpflichtet gewesen, einen schriftlichen Bericht vorzulegen. Man hätte es gerne gesehen, wenn man für die Vereine einen Kompromiß hätte finden können. Dr. R. Zinkernagel (ev.) dankt dem Gemeinderat für sein rasches, initiatives Handeln. Der Versuch dürfte sich sicher als wertvoll erweisen. Dr. F. Bachmann (LR) stellt den Antrag, der Gemeinderat möge nach drei Jahren einen Bericht über die Erfahrungen vorlegen. Dr. H. Dressler (soz.) ist mit dem mündlichen Bericht zufrieden, und er erachtet den Gemeinderat als zuständig. Der Rat kann deshalb zur Tagesordnung übergehen. O. Schäublin (ev.) meint, Vereine, die glauben, nicht ohne Alkohol auskommen zu können, hätten anderswo genügend Lokalitäten, so im Landgasthof. Der Antrag Dr. Bachmann wird darauf mit 20 gegen 11 Stimmen abgelehnt.

Diskussionslos und einmütig wird darauf einer Änderung des Besoldungsreglementes zugestimmt, wonach wie in Basel sämtliche Bediensteten von 20. Dienstaltersjahr an alle fünf Jahre einen zusätzlichen Monatslohn erhalten. Unbestritten ist auch der Kredit von 5950 Franken für die Verbesserung der Beleuchtung an der Inzlingerstraße.

J.